

D. W. 19 Sept 18

Der Kampf der deutschen evangelischen Bekenntniskirche.

Rundgebungen gegen den Reichsbischof in Stuttgart und München.

Einem Berliner Bericht der „Times“ zufolge kam es am Samstag in Württemberg und Bayern zu bewegten Demonstrationen als Folge der Amtsenthebung des Bischofs Wurm von der württembergischen Landeskirche durch Reichsbischof Müller und des Eingreifens seines Rechtswalters Dr. Jäger. Dr. Wurm ist sehr populär, und die Mehrzahl der württembergischen Protestanten hat augenscheinlich das förmliche Eingreifen der autokephalen Reichskirchenbehörde nicht verstanden. Es wurden Protestversammlungen abgehalten, an denen von den Anhängern der stärksten Entrüstung darüber Ausdruck gegeben wurde, daß versucht werde, Dr. Wurm durch Verdrängung in einen Finanzskandal zu belasten. Es wurde gegen die zentrale kirchliche Behörde in Berlin offen die Anklage der Uebertreibung erhoben. Lokale nationalsozialistische Funktionäre suchten an den Versammlungen einzuschreiten, aber sie wurden, wie berichtet wird, von der entrüsteten Menge mit Handgreiflichkeiten bedacht.

Unterdessen hat Dr. Wurm bekanntlich seine Amtsenthebung nicht angenommen, da er ihre Gesetzmäßigkeit bestritt; er betrachtet sich nach wie vor als das Haupt der Landeskirche, wenn ihm auch der Zutritt zu kirchlichen Gebäuden, auf die Dr. Jägers Spezialkommissar und der neue interimistische Bischof die Hand gelegt haben, verweigert ist. Die Amtsenthebung des andern in Opposition befindlichen süddeutschen Bischofs, Dr. Meiser in Bayern, wird bekanntlich in Berlin erörtert und steht in den nächsten paar Tagen stündlich zu erwarten.

Die Verfügung, die allen Kirchenbeamten die Vereidigung auf Herrn Hitler in der Form auferlegt, wie sie den Staatsbeamten und den Soldaten vorgeschrieben ist, wird wahrscheinlich eine noch ausgeprägtere Unruhe hervorbringen als die Intervention in Württemberg, obgleich die beiden Dinge in einem engen Zusammenhang stehen. Es steht bereits fest, daß die Anhänger der Bekenntniskirche — und man darf behaupten, daß die Bewegung von den 16.000 Geistlichen 7000 umfaßt — zum Widerstand gegen das Dekret in seiner jetzigen Form entschlossen sind, insbesondere da jetzt über die Pläne wegen der Möglichkeit der Schaffung einer deutschen Nationalkirche mehr bekannt geworden ist, worüber Protestanten und römische Katholiken gleichermaßen erbittert sind. Am Freitag läuft die Frist für die Eidesablegung ab. Bis jetzt haben keine der Bekenntniskirche anhangenden Geistlichen ihn geleistet; diejenigen, denen er von Dr. Jäger in Stuttgart abgenommen wurde, waren untergeordnete Beamte aus dem Laienstande. Die förmliche Einsetzung des Reichsbischofs in sein Amt soll am nächsten Sonntag vorgenommen werden. Ein von Dr. Marahrens, dem der Opposition angehörenden Bischof von Hannover, an seinen Nerus erlassenes Kreis Schreiben erklärt, ein Versuch, äußerliche Einheit mit Gewaltanwendung ohne Berücksichtigung der Gewissen zu erzwingen, würde bloß die Spalten und die Einheit der Nation nicht einmal berühren.

Der Entschluß der Evangelischen Bayerns, dem vom Reichsbischof auf die Landeskirche ausgeübten Zwang zu widerstehen, fand, wie der Münchner Korrespondent der „Times“ meldet, am Sonntag in München in einer bemerkenswerten spontanen Rundgebung seinen Ausdruck. Die St. Matthäuskirche, die Hauptkirche der Protestanten in München, war am Montag überfüllt, als Dr. Meiser, der evangelische Landesbischof von Bayern, über den 2. Korintherbrief 13,8 predigte: „Denn wir können nichts wider die Wahrheit, sondern für die Wahrheit“. Dr. Meiser erklärte, daß der gegenwärtige Kampf innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands ein Kampf für die Reinheit des Bekenntnisses sei. Es wurde eine Resolution der evangelischen Münchener Geistlichen verlesen, in der Dr. Meiser und Dr. Wurm, der kürzlich abgesetzte Landesbischof von Württemberg, kräftig gegen ihre Widersacher verteidigt wurden. Die Resolution besagte: „Unsere Landeskirche und die württembergische Landeskirche haben bisher friedlich und bereint für die Schaffung einer geeinigten und wirklichen Reichskirche auf der Grundlage der Heiligen Schrift gekämpft. Während der letzten Wochen wurden Verwirrung und Unruhe zuerst in der württembergischen und dann in der bairischen Landeskirche hervorgerufen. Wir, die Geistlichen der Stadt München, erklären unseren Gemeinden, daß das achte Gebot sagt, „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten“. Dieses Gebot zwingt uns, in aller Öffentlichkeit die Ehre des württembergischen Landesbischofs Dr. Wurm zu verteidigen, die schwer angegriffen worden ist. Die Regierung und die Reichskirche haben ihn angeklagt, öffentliche Mittel auf andere Weise als für kirchliche Zwecke verwendet zu haben. Wir stellen in aller Öffentlichkeit vor der Gemeinde fest, daß Bischof Wurm in redlicher und selbstloser Sorge für die Landeskirche gewirkt hat, die jetzt von der Reichskirche ernstlich bedroht wird und daß er nichts getan hat, das er nicht vor Gott, der Kirche, dem Volk und den weltlichen Richtern verantworten kann. Aus diesem Grunde hat die Geistlichkeit Württembergs ihm mit überwältigender Mehrheit ihr volles Vertrauen ausgedrückt, und die württembergischen Gemeinden stehen fest hinter ihm. Er führt sein Amt als rechtmäßiger Bischof von Württemberg weiter.“

während er in loyaler Mitarbeit mit unserem eigenen Landesbischof nach der Schaffung einer deutschen evangelischen Kirche zum besten unseres Volkes trachtet.“

Nachdem die Resolution verlesen war, sang die Versammlung die zwei letzten Verse des Lutherliedes „Ein feste Burg...“ Singend verließen die anwesenden Kirchengenossen die Kirche, marschierten durch die Straße in einem Zug, an dem nahezu 2000 Personen teilnahmen, und nahmen vor dem bischöflichen Palais Aufstellung. Auf die Beifallskundgebungen und den Gesang von Kirchenliedern hin erschien Dr. Meiser und sprach vom Balkon herab. Er dankte für die Loyalitätskundgebung und betonte seine Ergebenheit gegenüber dem Führer und dem Dritten Reich, wobei er bemerkte, daß er jeden Tag Herrn Hitler in sein Gebet einschließe. Ihr Kampf, so sagte er, sei nicht politisch, sondern kirchlich und betreffe die geistliche Führerschaft der Kirche. Die Menge bekräftigte die Feststellung des Bischofs, daß der Kampf unpolitisch sei, indem sie „Deutschland über alles“ und das Horst Wessellied sang, bis zwei Polizeiautos herankamen, die mit S. U. und regulären Polizisten besetzt waren. Die Versammlung zerstreut sich hierauf, ein Teil jedoch fand sich später vor dem Braunen Hause wieder zusammen, wo das Lutherlied erneut gesungen wurde.

In gut unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß diese Vorkommnisse baldige Maßnahmen gegen die kirchliche Opposition in Bayern erwarten lassen, unter andern die Ernennung eines Kommissars für die bairische evangelische Landeskirche durch den Reichsbischof. Ähnliche Demonstrationen wie in München werden aus Nürnberg gemeldet.

In der Dienstagnummer der „Times“ berichtet der Berliner Vertreter des großen Londoner Klattes erneut über die auffehenerregenden Vorgänge in den süddeutschen evangelischen Kirchen. Bischof Wurm habe in einer Erklärung festgestellt, daß er immer noch das rechtmäßige Haupt der württembergischen Kirche sei. Ferner habe er Anweisung gegeben, daß aus den kirchlichen Fonds keine Zahlungen weder an den Spezialkommissar der Reichskirchenregierung noch an die von ihr eingesetzte lokale kirchliche Verwaltung erfolgen dürften. Alle Geistlichen, die Dr. Wurm unterstützten — und das sei die überwältigende Mehrheit in Württemberg —, hätten am Sonntag von den Kanzeln herab eine Loyalitätserklärung für die von Wurm geleitete Landeskirche verlesen. Bis jetzt sei kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Intervention des Reichsbischofs in Württemberg, die Auflösung der kirchlichen Rundgebung in München durch die Polizei und die Verordnung über die Vereidigung der kirchlichen Beamten in irgend einer Weise den Widerstand der Bekenntniskirche geschwächt hätten.

Bruderrat der Bekenntniskirche tagt.

Stuttgart, 18. Sept. (United Press.) Landesbischof Wurm hat den Kampf gegen die Reichskirchenregierung aufgenommen und sämtlichen Pastoren und Kirchenbeamten befohlen, nur solche Verfügungen anzuerkennen und zu befolgen,

die mit seiner Unterschrift versehen sind. Der Gesamt-Bruderrat der Bekenntniskirche ist unter dem Vorsitz von Präses Koch heute in einer süddeutschen Stadt zusammengetreten. Man erwartet allgemein, daß auf dieser Tagung weitgehende Beschlüsse gefaßt wurden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Bekenntniskirche im Laufe dieser Woche zusammentreten wird.

In Kreisen der Bekenntniskirche ist man der Auffassung, daß der deutsche Kirchenkampf jetzt in seine entscheidende Phase getreten ist.

Der Rechtsanwalt der Reichskirchenregierung, Dr. Jäger, soll am 8. September in einer Ansprache vor Stuttgarter höheren und mittleren Kirchenbeamten gesagt haben, daß die Bekenntnisse wandelbar seien und daß jetzt zuerst einmal eine einheitliche deutsche evangelische Kirche geschaffen werden müsse. Als ferneres Ziel müsse dann aber eine Ueberbrückung der Konfessionen in einer einzigen deutschen Reichskirche und in einem einzigen deutschen Volk kommen. Dr. Jäger deutete damit an, daß das wirkliche Ziel die Zusammenfassung der katholischen und der protestantischen Kirche sei.

Unerhörte Ausfälle gegen Bischof Meiser.

Nürnberg, 18. Sept. (United Press.) Die „Fränkische Tageszeitung“, die in dem bekannten „Stürmer-Verlag“ des fränkischen Gauleiters Julius Streicher erscheint, bringt scharfe Ausfälle gegen den bairischen Landesbischof Meiser, dem vor zwei Tagen nach einem Gottesdienst in München von vielen hundert Protestanten Sympathiekundgebungen dargebracht wurden. Die „Fränkische Tageszeitung“ erklärt, Meiser sei ein Verräter, der gehandelt habe wie Judas Ischariot. „Judas verriet seinen Herrn und Meiser mit einem Fuß, Landesbischof Meiser verriet seinen Führer mit einem Händebred.“ So erklärt das Nürnberger Blatt, Bischof Meiser sei Gründer der „Bekenntnisfront“, deren Bekenntnis Wortbruch, Treuebruch und Volksverrat sei. Das evangelische Volk könne zu diesen Dingen jetzt nicht mehr schweigen. Landesbischof Meiser, so folgert die „Fränkische Tageszeitung“, besitze nicht mehr die moralische Eignung für das von ihm bekleidete hohe Amt. Die protestantische Bevölkerung müsse sich tatkräftig dagegen wehren, daß die Kirche zum Instrument verräterischer Absichten gemacht werde und solle für das Kirchenregime des Reichsbischofs Müller kämpfen, das „absolute Autorität“ haben müsse.

Abonnementpreise

Für Basel	
und die ganze Schweiz:	
1 Monat . . .	Fr. 3.—
3 Monate . . .	8.—
6	15.50
12	30.—

Bei Postabonnements 50 Cts. Zuschlag.

Unter persönlicher Adresse Zuschlag.

Für das Ausland Postzuschlag; wo Postabonnement möglich, entsprechend billiger.

Basler Nachrichten

Redaktion: Dufourstrasse 40. ☎ Telefon 22.860

Finanz- und Handelsblatt (Intelligenzblatt der Stadt Basel)

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berchtshaus N.-G. Telefon 24.159. — Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Gr.

Die heutige Nummer enthält 2 Beilagen

Neuestes.

Die Betriebseinnahmen der Schweiz. Bundesbahnen gingen weiter zurück und betrugen im August 1934 29,376,000 Fr. gegenüber 30,954,988 Fr. im gleichen Monat des Vorjahres. Der Ueberschuss der Betriebseinnahmen betrug im August 1934 8,761,000 Fr., während er sich im August 1933 auf 9,880,901 Fr. belaufen hat.

Der Nationalrat setzte die Beratung des Verlehrssteuergesetzes in der heutigen Sitzung fort, wobei Nationalrat Bratschi ankündigte, daß die sozialistische Fraktion sich in der Schlußabstimmung der Stimme enthalten werde.

Der Ständerat fuhr fort in der Behandlung des Berichtes des Bundesrates über die wirtschaftlichen Maßnahmen gegenüber dem Ausland.

Die Sowjetunion ist gestern in der Plenarsitzung der Völkerbundsversammlung mit 39 von 49 abgegebenen Stimmen in den Völkerbund aufgenommen worden.

Landes eine Rede, in der er unter anderem betonte, weder Rußland noch die andern Staaten würden mit diesem Tage auf ihr soziales und politisches System verzichten, sondern im Gegenteil diesem treu bleiben und nur auf der Basis des Völkerbundsstatutes an der Festigung des Friedens zusammenarbeiten.

Nach Berichten der Berliner und Münchner Korrespondenten der Londoner „Times“, welche die Krise in der deutschen evangelischen Kirche seit jeher mit größter Aufmerksamkeit verfolgten, fanden in den letzten Tagen sowohl in Stuttgart wie in München und Nürnberg bemerkenswerte öffentliche Demonstrationen der Kirchengemeindeglieder gegen den Reichsbischof und für die bekennnis-kirchlichen evangelischen Landesbischöfe D. Wurm und D. Meier statt. In Nürnberg wurde eine Kundgebung vor dem bischöflichen Palais von der Polizei aufgelöst. Der vom Reichsbischof „beurlaubte“ Landesbischof der evangelischen Kirche Württembergs betrachtet sich nach wie vor als rechtmäßigen Landesbischof und hat den Geistlichen dementsprechende Weisungen erteilt. Die bekennnis-kirchlichen Pfarrer Württembergs haben laut „Times“ am vergangenen Sonntag von den Kanzeln herab eine Loyalitätserklärung für D. Wurm verlesen. Der Bruderrat der Bekennnis-kirche soll gestern in einer süddeutschen Stadt zusammengetreten sein.

Die russische Völkerbundsdelegation besteht, außer ihrem Chef Volkskommissar Litwinow, aus dem russischen Botschafter in Rom, Potemkin, und dem russischen Gesandten in Helsinki, Boris Stein.

Die parlamentarische Stavischkommission beschloß gestern die sofortige und vollständige Veröffentlichung des Berichtes des Polizeikommissars Guillaume über die Affäre Prince.

minister). Der Verlauf der französischen Revolution hat gezeigt, daß die Anpassungsfähigkeit einzelner arrivierter Revolutionäre eine Revolution noch nicht ausmacht. Das «R» ist ein

Einzug der Russen in Genf Die Aufnahme der Sowjetunion Kühler Empfang Litwinow

Genf, 18. Sept. Ag. Aus Anlaß der heutigen Plenarsitzung der Völkerbundsversammlung, in welcher die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund erfolgte, hatte die Genfer Polizei umfassende Vorkehrungen getroffen, um jeden Zwischenfall zu vermeiden oder eventuell Manifestationen auf der Straße zu unterdrücken. Die Tribünen der Versammlungssaales waren voll besetzt, als Präsident Sandler die Sitzung eröffnete.

Im Namen der Politischen Kommission berichtete

de Madariaga

über die gestrigen Beratungen, die zur Annahme einer Resolution geführt haben, in welcher die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund empfohlen wird. Diese Resolution war mit 38 gegen 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen worden. Madariaga sprach seine Genugtuung über die Absicht der Sowjetunion, dem Völkerbunde beizutreten, sowie die Hoffnung aus, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika in absehbarer Zeit diesem Beispiel folgen werden. Auch diejenigen Staaten, die dem Völkerbund den Rücken gekehrt hätten, sollten überlegen, ob sie nicht auf ihren Beschluß zurückkommen könnten. — Hierauf wurde die Debatte über den Bericht Madariagas beendet.

Erklärung von Bundesrat Motta.

Als erster Redner gab Bundesrat Motta folgende Erklärung ab:

„Die schweizerische Delegation hat sich gestern in der 6. Kommission über ihre Haltung ausgesprochen. Ohne die Erwägungen der Delegationen zu verkennen, die es für angezeigt, wenn nicht gar für notwendig erachten, das offensichtliche und allgemein anerkannte Wagnis einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Schoße des Völkerbundes auf sich zu nehmen, halten wir unsere negative Stimmabgabe aufrecht und bestätigen die Gründe, die sie uns auferlegt haben.“

Nach der Aufnahme der U. S. S. R. wird der Versammlung nun auf der Stelle ein einstimmiger Beschluß des Rates unterbreitet werden, der darauf abzielt, dem neuen Mitglied einen ständigen Platz zuzuteilen. Rußland weist allerdings alle Merkmale einer Großmacht auf, und gestützt auf frühere Fälle kann es in dieser Eigenschaft einen solchen Sitz beanspruchen. Aber in Anbetracht der grundsätzlichen Haltung des Bundesrates gegenüber dem Aufnahmegesuch ist es seiner Delegation lediglich möglich, über diesen besondern Punkt der Stimme zu enthalten.“

Genf, 18. Sept. Ag. Nach Bundesrat Motta sprach

Ministerpräsident de Valera,

der insbesondere die Erwartung aussprach, daß Sowjetrußland die Gewissens- und Kulturfreiheit für seine Bevölkerung proklamieren werde. Die sei der Wunsch von Hunderten, von Millionen von Christen. Die Moskauer Regierung habe in einem kürzlichen Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika den in der Sowjetunion wohnhaften Amerikanern die freie Kultusaussübung gewährleistet. Sie möge diese Maßnahme auf alle andern in der Sowjetunion lebenden Ausländer sofort ausdehnen. Der Völkerbund könne kein dauerhaftes Werk schaffen, wenn ihm die Christen nicht ihre voll-